



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

April 2020

In Zeiten von Covid 19 ...



Fotos: ...ena



Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe:
Samstag, 02.05.2020

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

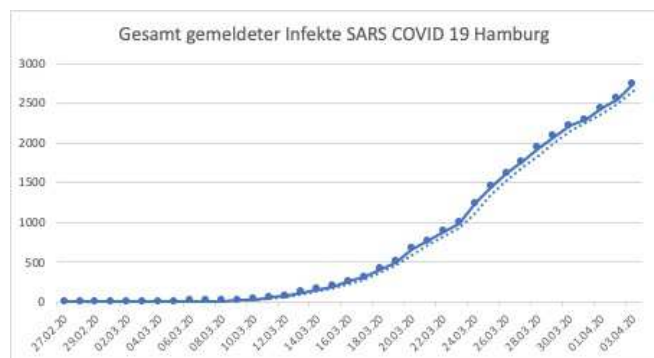
Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Corona und kein Ende ...	S. 2
Covid 19 + ArbeitnehmerInnen	S. 2
Kommunikation im Bezirk	S. 3
Sofortprogramm Hamburg	S. 4
Bewusste Entscheidung	S. 6
Lampedusa-Zelt	S. 7
Mitgliedertreffen	S. 8
Lasst niemanden zurück	S. 10
Termine / Kontakt	S. 11
Anhang: Sofortprogramm Langfassung	

Corona und kein Ende in Sicht

Die beiden Abbildungen zeigen den bisherigen Verlauf der Corona Epidemie in Hamburg.



Die MOPO frohlockte schon vor ein paar Tagen, dass sich eine positive Entwicklung nach all den restriktiven Maßnahmen zeigen würde. Da war die Zahl der Neuinfektionen auf 79 Fälle abgesackt. Aber in den darauffolgenden Tagen zeigte sich, dass dieser Jubel möglicherweise verfrüht war. Für uns Linke bedeutet diese Krise, dass unsere Partei wichtiger denn je ist. Es gilt jetzt die Dinge zu benennen, die bisher vernachlässigt wurden und Gegenkonzepte zu entwickeln. Hierzu zählen:

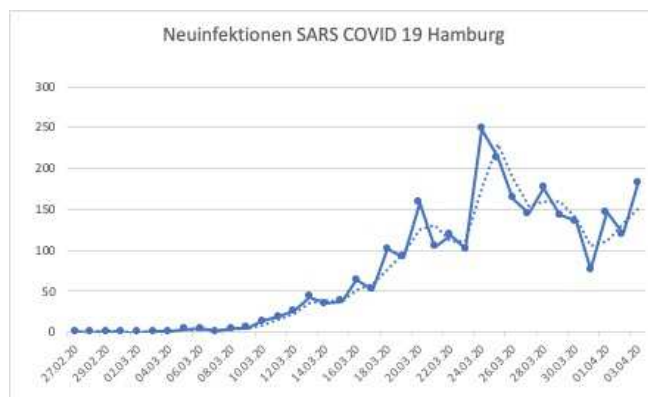
- das kaputt gesparte und auf Profit getrimmte Gesundheits- und Pflegesystem
- die Verlagerung der Produktion lebenswichtiger Güter in Billiglohnländer, wie Schutzmasken, Schutzanzüge und Grundstoffe für die Herstellung von Medikamenten.
- die Beibehaltung der Lockerung der Schuldenbremse nach der Krise

Covid-19 – Unterstützt die Richtigen

Die Bundesregierung hat Maßnahmen beschlossen, die Betriebe von klein bis groß davor schützen soll Beschäftigte entlassen zu müssen, z.B. vereinfachter Zugang zu Kurzarbeitergeld und auch Finanzhilfen um Liquiditätsengpässe zu vermeiden; zusammengefasst: Der Staat hilft Unternehmen gegen Corona-Probleme. Ich denke das ist eine gute Sache aaaber, unzufrieden wie ich immer bin, meine ich das reicht nicht!

Nach meiner Beobachtung wird im Fernsehen überwiegend verkündet, dass Staatshilfen für Unternehmen insbesondere gewährt werden um Arbeitnehmer*innen zu schützen – könnte man auch direkt machen, ich hätte da ein paar Vorschläge:

- Sofern Unternehmen am Jahresende Gewinne an Anteilseigner*innen ausschütten sind eventuelle staatliche Zuschüsse in voller Höhe zurück zu zahlen.



- die Unterstützung von Kleinunternehmern und Familienbetrieben damit unsere Städte nach der Krise nicht veröden.
- eine bessere Unterstützung der Ärmsten, die besonders unter den derzeitigen restriktiven Maßnahmen leiden. (Schließung der Tafeln etc.)

Diese Liste kann noch beliebig fortgesetzt werden. Aber bevor wir dieses in Angriff nehmen, sollten wir uns um die Genossinnen und Genossen in unserem Bezirk kümmern, die in diesen Zeiten unsere Solidarität besonders brauchen.

Damit dieses gelingt ist es notwendig eine Infrastruktur aufzubauen, mit der wir uns in Zeiten der Kontaktsperre untereinander austauschen können. Dieses ist in einem weiteren Artikel in dieser Ausgabe des MitteNmag beschrieben.

Wolfgang Strauß
BEVO DIE LINKE Hamburg-Mitte

- Arbeitnehmer*innen, die wegen Corona in Kurzarbeit geschickt werden, erhalten nicht nur 60 % vom Netto sondern (ich sage mal) 80 % da ihre Kosten in voller Höhe weiter anfallen. Die Rentenversicherung wird in voller Höhe gezahlt, um künftige Altersarmut nicht zu fördern.
- Corona bedingt gekündigte Arbeitnehmer*innen werden finanziell wie die o.a. Kurzarbeiter*innen gestellt- Zeiten der Corona bedingten Arbeitslosigkeit werden nicht auf die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes angerechnet.
- Eltern, die wegen Kita- und/oder Schulschließung zur Versorgung ihrer Kinder daheim bleiben müssen, erhalten einen „Verdienstausfall“, z.B. in Höhe des oben erwähnten Kurzarbeitergeldes. Diese Eltern müssen nach Wiedereröffnung einer von ihrer Person unabhängigen, hochwer-

tigen Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder auf ihren bisherigen Arbeitsplatz zu bisherigen Konditionen zurückkehren können.

Mein Gott! was das alles kostet! wer soll das zahlen? Der Staat! Während der Bankenkrise haben systemrelevante Geldhäuser jede Menge Geld

vom Staat erhalten. Geld vom Staat: unser Steuergeld. Bei der gegenwärtigen Krise könnte man ja endlich mal auf die Idee kommen, dass auch Arbeitnehmer*innen systemrelevant und damit zwar nicht „too big to fail“ sind, aber too wichtig to fail! (← hochgermischt)

Gun / Mümmelmannsberg 17.03.20

Kommunikation im Bezirksverband in Zeiten von Corona

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Bezirksvorstand hat beschlossen bis auf weiteres Versammlungen und Vorstandssitzungen virtuell mit dem Konferenztool DISCORD durchzuführen. Damit Ihr an Diskussionen oder Vorstandssitzungen teilnehmen könnt, müsst Ihr den folgenden Link verwenden:

<https://discord.gg/MJw49Na>

um Euch beim DISCORD Server „DIE LINKE HAMBURG-MITTE“ zu registrieren.

Ihr erhaltet dann den in der Abbildung 1 dargestellten Dialog in Eurem Browserfenster.

Hier müsst Ihr Euch beim aller ersten Mal registrieren indem Ihr Eure E-MAIL Adresse und das gewünschte Passwort einträgt. Danach klickt Ihr auf den Link registrieren und erhaltet folgenden Dialog in Abbildung 2.

Abbildung 1 >>

Im Feld Benutzername tragt Ihr einen Namen ein, der es ermöglicht Euch zu „identifizieren“ und verwendet bitte keine Phantasienamen. Danach akzeptiert Ihr die Nutzungsbedingungen (Link in der entsprechenden Zeile), nachdem

Willkommen zurück!
Wir freuen uns so, dich wiederzusehen!

E-MAIL
wolfgang-strauss@gmx.net

PASSWORT
.....

Passwort vergessen?

Anmelden

Brauchst du einen Account? [Registrieren](#)

Mit QR-Code einloggen
Scanne den Code mit der Discord-App und logge dich sofort ein.

Ihr diese gelesen habt, durch Anklicken des Kästchens. Dann klickt Ihr auf „WEITER“. Ihr seid nun registriert. Die vollständige Registrierung ist aber erst abgeschlossen, wenn Eure E-Mail Adresse bestätigt ist. Hierfür erhaltet Ihr eine Mail von DISCORD mit einem Bestätigungslink, den Ihr anklicken müsst. Von jetzt an könnt ihr Euch ohne Registrierung anmelden. **Achtung: Die Mail zur Bestätigung kann in Eurem SPAM Ordner landen.**

<<Abbildung 2

Nach der Anmeldung erhaltet ihr folgenden Bildschirminhalt wie in Abbildung 3 (S. 4) dargestellt.

Wenn der Bildschirminhalt so nicht angezeigt wird, dann klickt bitte auf das Symbol „DLHM“.

Account erstellen

E-MAIL
wolfgang-strauss@gmx.net

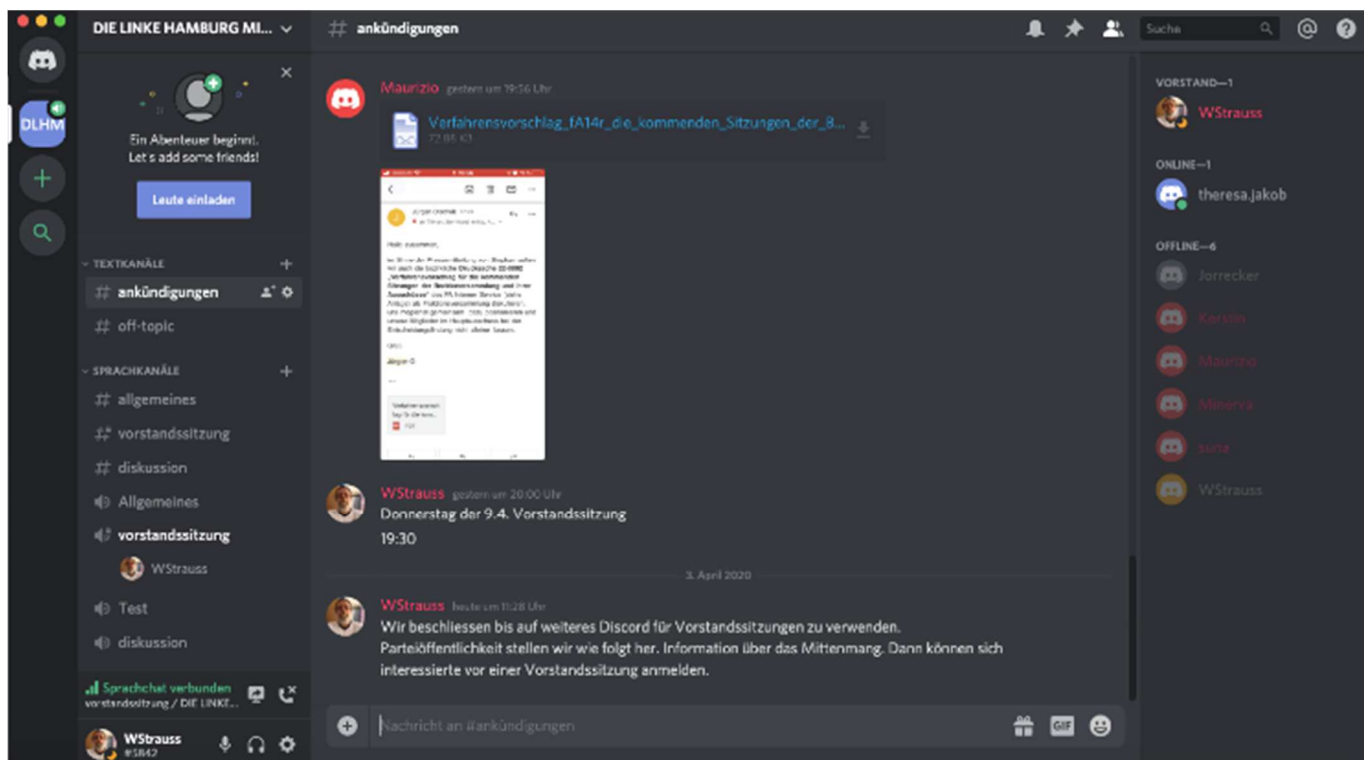
BENUTZERNAME
W Strauss

PASSWORT
.....

Ich habe die Nutzungsbedingungen akzeptieren, um fortzufahren. [Nutzungsbedingungen](#)

Weiter

Hast du bereits einen Account?



Dann sollte der Bildschirminhalt der Abbildung 3 entsprechen. Auf der linken Seite befindet sich die Liste aller Kanäle (Chatrooms). Es wird unterschieden zwischen Textkanälen und Sprachkanälen. Mit den Sprachkanälen kann jeweils eine „Telefonkonferenz“ durchgeführt werden. Diese Konferenz kann durch einen Textkanal ergänzt werden. Deshalb gibt es für fast jeden Sprachkanal auch noch einen Textkanal, der genauso benannt ist, aber mit # beginnt. Betritt man einen Sprachkanal, so sollte auch immer der zugehörige Textkanal ausgewählt werden.

Beispiel: Betritt man den Kanal „diskussion“ so sollte der Kanal „# diskussion“ ebenfalls ausgewählt werden, damit alle Gesprächspartner in diesem Kanal den gleichen Textkanal verwenden. Wenn nicht alle Kanäle wie in der Abbildung dargestellt sichtbar sind, so liegt das daran, dass Ihr für diese Kanäle noch keine Berechtigung habt.

Nach der ersten Anmeldung habt Ihr lediglich Zugriff auf die Kanäle # Ankündigung, Allgemeines und # Allgemeines. Ihr könnt eine Nachricht unter Allgemeines schreiben oder mir direkt eine Nachricht direkt schicken, dass Ihr weitere Berechtigungen wünscht. Dann erteile ich Euch die Berechtigung auf die beiden Diskussionskanäle zu zugreifen. Wenn Ihr an einer Vorstandssitzung als Gast teilnehmen wollt, dann teilt Ihr mir dies ebenfalls mit. Alternativ könnt Ihr mir auch eine Mail schicken.

Die technischen Voraussetzungen sind ein Smartphone oder ein PC mit Headset oder Mikrofon. Ihr könnt Euch das Leben etwas einfacher machen, wenn ihr die DISCORD Anwendung auf das jeweilige Gerät, welches ihr verwendet, herunter ladet. Dies ist aber nicht erforderlich.

Wolfgang Strauß
BEVO DIE LINKE Hamburg-Mitte

LINKES Sofortprogramm zur Corona Krise (Beschluss unseres Landesvorstands)

Die Krise sozial und gerecht bewältigen:

Die Hamburger Politik steht vor der Herausforderung, zur Verlangsamung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus das dringend erforderliche gegenseitige Abstandhalten zu ermöglichen. Doch die Corona-Pandemie ist nicht nur eine medizinische Krise, sie bedroht nicht nur Gesundheit und Leben vieler Menschen, sondern sie stellt die ganze Gesellschaft vor eine dramatische Belastungsprobe. Die Maßnahmen zur Verlangsamung der Corona Infektionen sind mit massiven Einschränkungen der Grundrechte ver-

bunden. Die Krise trifft die am härtesten, die wenig haben. Viele Menschen erleiden drastische Einkommensverluste bis zum Totalausfall, in zahlreichen Branchen müssen Unternehmen schließen oder haben keine Aufträge mehr, es droht eine massive Wirtschaftskrise.

In dieser Krise wird sich mitentscheiden, in was für einer Gesellschaft wir leben: Wird die soziale Spaltung drastischer oder tun wir das Richtige und stellen die Menschen in den Mittelpunkt und geben eine solidarische Antwort?

Ein Gesundheitssystem an der Belastungsgrenze

Die Corona-Pandemie trifft auf ein Gesundheitssystem, das seit Jahren kaputtgespart wurde und wird. In Krankenhäusern herrschen zum Teil dramatische Zustände und es fehlen in Hamburg auch ohne Pandemie mehr als viertausend Pflegekräfte. Jetzt rächen sich die Privatisierungen und die damit verbundene Profitorientierung in Gesundheitswesen und Pflege. Zusätzlich wurde das Gesundheitssystem durch die Fallpauschalen in den letzten Jahren nicht bedarfsgerecht finanziert sondern chronisch unterfinanziert. Wir müssen jetzt alles tun, um das Gesundheitssystem dauerhaft krisenfest zu machen. **Wir fordern 500 Euro mehr Grundgehalt für alle in der Pflege als dauerhafte Sofortmaßnahme.** Wir müssen sofort in die Krankenhäuser investieren und den in den vergangenen Jahren aufgelaufenen Investitionsstau beheben. Die Ressourcen und Aktivitäten der bezirklichen Gesundheitsämter müssen schnell dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden.



Es müssen jetzt nicht nur schnelle Lösungen für die Krisenbewältigung gegeben werden, sondern der Pflege- und Gesundheitsbereich muss so umgestaltet werden, dass er in Zukunft der Gesundheitsfürsorge der Menschen und nicht dem Profitinteresse von Krankenhauskonzernen dient. Es geht um die **Rekommunalisierung der Krankenhäuser und die Abschaffung des Fallpauschalensystems.**

„Systemrelevant“ sind alle Menschen

Der Mensch muss im Mittelpunkt der gesundheitspolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen stehen, um die Krise zu bewältigen. Der Wert der Demokratie bemisst sich daran, inwiefern es ge-

lingt, den Grundsatz „*jeder Mensch zählt, niemand wird zurückgelassen*“ zum Maßstab des politischen Handelns zu machen. Wir müssen jene Menschen in unserer Gesellschaft absichern, die von Verdienstauffällen betroffen sind:

Beschäftigte und Erwerbslose, Menschen, die von Armutsrenten leben müssen oder Solo-Selbstständige und Kleingewerbe. Wir wollen die **Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 90%**, eine **Aufstockung der Grundsicherung im Bereich des SGB II und SGB XII um 150,- Euro pro Person** und bei **Hartz IV** sind alle **Sanktionen aufzuheben.** Vor dem Hintergrund von **Wohnungsmangel** und **dem hohen Mietenniveau** in Hamburg sind schnell Maßnahmen erforderlich, um hier eine soziale und medizinische Katastrophe abzuwenden: Mietschulden müssen als Kündigungsgrund entfallen, Zwangsräumungen, Wasser- und Energiesperren und Zwangsvollstreckungen sind auszusetzen und Hotelzimmer und Ferienwohnungen müssen für Obdachlose und Menschen in Sammelunterkünften akquiriert werden. **Gesundheitsschutz und**

Existenzsicherung muss für alle möglich gemacht werden. Solidarität in Zeiten von Corona ist unumgänglich. Wie sollen „zu Hause bleiben“, Ausgangsbeschränkungen und Abstandsgebote umgesetzt werden, wenn man keine eigene Wohnung hat? Deshalb benötigen jetzt **wohnungslose Menschen** oder **Geflüchtete** in Sammelunterkünften besonderen Schutz.

Nur gemeinsam und solidarisch können wir diese Herausforderungen meistern. Unsere Vorschläge zeigen auf, was jetzt erforderlich ist, um die Pandemie zu bekämpfen, um sozialer Ungerechtigkeit und Not in der Wirtschaftskrise zu begegnen und dafür Sorge zu tragen, dass die Demokratie nicht dauerhaft beschädigt wird und Grundrechte auch in der Krise gelten.

*Ausführlich kannst du unsere Forderungen im Anhang nachlesen
Unser Sofortprogramm für die Bundesrepublik findest du hier <https://www.die-linke.de/themen/gesundheit-und-pflege/corona/>*

Bewusste Entscheidung

Eine These zu den Wahlergebnissen von Linke und AfD

DIE LINKE hat ihr Wahlergebnis von 2015 verbessern können. Bei deutlich gesteigerter Wahlbeteiligung hat sie von 8,5% auf 9,1% zugelegt, ein Plus von ca. 68.000 Stimmen - das entspricht ca. 13.600 WählerInnen. Von den nun 13 Mandaten (vorher 11/10) wurden sieben in den Wahlkreisen errungen, sechs Abgeordnete zogen über die Landesliste ein. Interessant ist, dass die LINKE auf den Wahlkreislisten 11,1% erreichte und rund 78.000 Stimmen (das sind mindestens 15.600 WählerInnen) mehr als auf der Landesliste, die für die Zahl der Mandate maßgeblich ist. Das Wählerpotenzial der LINKEN nimmt also zu, aber wir haben es nicht ganz ausschöpfen können.

Von den vielen interessanten Gesichtspunkten will ich nur einen herausgreifen. (1) Den Wahlanalysen von Infratest dimap zufolge hat DIE LINKE weder Stimmen an die AfD verloren (die zwar 0,8 Prozentpunkte einbüßte bei gleichbleibender Stimmenzahl und 5,3% erzielte) noch Stimmen von ihr gewonnen. Das ist u.a. deshalb interessant, weil es in der Wählerschaft von LINKEN und AfD deutliche Überschneidungen gibt. Das zeigen Befragungen durch Infratest dimap: Überdurchschnittlich hoch ist bei uns mit 11-12% wie bei der AfD mit 14% der Anteil der ArbeiterInnen. Überdurchschnittlich viele WählerInnen beider Parteien gaben an, mit ihrer wirtschaftlichen Situation unzufrieden zu sein (LINKE: 18%). Ein deutliches Indiz ist vor allem auch, dass sowohl DIE LINKE (11,4%) wie die AfD (7,6%) deutlich überdurchschnittliche Wahlergebnisse in Stadtteilen mit hohem Anteil an BezieherInnen von Hartz IV erzielten.

Das lohnt es sich näher zu betrachten, denn hinter den allgemeinen Zahlen verbergen sich teils sehr unterschiedliche Ergebnisse. Eines ihrer besten Ergebnisse erzielte DIE LINKE (28,8%) und eines ihrer schlechtesten die AfD (2,4%) in St. Pauli, also in der inneren Stadt, mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Hartz-IV-BezieherInnen und an alternativem, urbanem Milieu. Umgekehrt verhält es sich in Billstedt, ebenfalls Bezirk Mitte, mit stark überdurchschnittlichem Anteil von Hartz-IV-BezieherInnen und außerdem von Menschen mit Migrationsgeschichte. Hier blieb DIE LINKE mit 7,7% unter Durchschnitt, während die AfD 10,4% erzielte. Auf der Veddel hingegen mit ähnlichem Stadtteilprofil erzielte DIE LINKE mit 26,7% ein sehr hohes, die AfD mit 3,4% ein schwaches Ergebnis. Sodann

gibt es in allen Bezirken Hamburg eine Reihe von Stadtteilen mit vergleichbaren Sozialstrukturen, in denen sowohl DIE LINKE wie auch die AfD überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten, wobei die AfD in manchen Quartieren höhere Ergebnisse einfuhr als wir.

Meines Erachtens sollten wir der Frage deutlicher Überschneidungen in der Wählerschaft bei gleichzeitig NULL Stimmenaustausch weiter nachgehen, gerade auch in der Politik vor Ort. Was bewegt überdurchschnittlich viele Menschen in armen Stadtteilen, ArbeiterInnen, Menschen, die mit ihrer wirtschaftlichen Situation unzufrieden sind, die LINKE und andere, die AfD zu wählen?

Für die WählerInnen, die die AfD wählten, standen die rechten Inhalte eindeutig an erster Stelle. 62% gaben an, sie wegen ihres „Programms“ gewählt zu haben. Besonders wichtig war ihnen das Thema „Zuwanderung“ (49%). Das spricht gegen die Behauptung, es handele sich bei den AfD-WählerInnen wesentlich um ProtestwählerInnen, die man in erheblichen Teilen gewinnen könne. Was DIE LINKE betrifft, gaben 72% der WählerInnen an, uns aus Überzeugung gewählt zu haben. Für 77% bestimmten unsere „Sachlösungen“ die Wahlentscheidung, wobei die Themen „soziale Sicherheit“ und „Wohnen, Mieten“ die wichtigsten Gründe waren. Übrigens ist die Hälfte aller WählerInnen überzeugt: (Die Linke) „Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich“ und „In einer Stadt mit großen sozialen Unterschieden ist die Linke besonders wichtig.“

Die von Infratest dimap gestellten Fragen sind ziemlich allgemein, und je nachdem, was gefragt wird, gibt es auch verschiedene Ergebnisse. Doch im Zusammenhang mit den hier kurz skizzierten Wahlergebnissen legen sie die These nahe, dass Wählerinnen und Wähler in zumindest teilweise vergleichbaren Lagen sehr bewusste Entscheidungen treffen zwischen entgegengesetzten Leitideen wie Gerechtigkeit und Emanzipation versus Ausgrenzung und Autoritarismus.

Christiane Schneider

Ich persönlich hoffe, dass Christiane uns als Kommentatorin erhalten bleibt. Als Aktive in Mitte sowieso! Und vor allem: Dass ihr Arbeitsgebiet in der Bürgerschaftsfraktion intensiv weiter beackert wird. Die Fußstapfen sind groß. - besel

Pressemitteilung vom 26. März

Es geht um viel.

Lampedusa-Zelt muss wieder aufgebaut werden!

Bereits in der vergangenen Woche wurde das Zelt der Lampedusa-Mahnwache am Steindamm geschlossen, am 26.03.20 wurde es schließlich im Auftrag der Stadt gänzlich abgebaut. Alles im Namen des Gesundheitsschutzes. Bereits zur Schließung des Zeltes gab es Bekundungen der Freude von Politikern auf sozialen Medienkanälen, sodass man nicht umhin kommt, dass diese Begeisterung nicht allein der Eindämmung des Virus' Covid 19 gilt.

So sehr momentan die Gesundheit von uns allen geschützt werden muss und soll, so sehr müssen wir uns auch davor bewahren, dass kurzfristige Maßnahmen in der Not sich verfestigen und zu neuen Gegebenheiten im Alltag nach der Krise werden. Diese Epidemie stellt uns deshalb auch vor die Herausforderung, unseren Bürgersinn und unser demokratisches Selbstverständnis zu verteidigen.

Anstatt das Zelt ohne weitere Schutzmaßnahmen für die Lampedusa-Flüchtlinge abzubauen, wäre es jetzt angebracht, sie und obdachlose Menschen in Hamburg dezentral unterzubringen und für gesicherten Wohnraum zu sorgen.

PM zur Kundgebung am 2. April 17 Uhr in HH am Steintorplatz, LampedusaPlatz

Seit vergangenen Freitag stehen nachmittags einzelne Menschen mit Schildern und Transparenten am Ort des von der Innenbehörde geräumten Lampedusa-Zeltes am Steindamm. Sie weisen auf die prekäre Situation von Wohnungslosen und Geflüchteten in Zeiten von Corona hin. Gefordert wird die Öffnung von Hotels für diese Menschen, sowie die Evakuierung der Ankerzentren und Abschiebungsgefängnisse, in denen Menschen durch das enge Zusammenleben besonders gefährdet sind. Für die Gruppe Lampedusa Hamburg wird die Anerkennung nach § 23 I Aufenthaltsgesetz gefordert.

Die Polizei unterbindet diese öffentlichen Meinungsäußerungen mit Hinweis auf die Allgemeinverfügung, erteilt Platzverweise und kündigt Strafanzeigen an. Selbst eine einzelne Person mit Pappschild, so die Polizei, stelle eine verbotene Ansammlung dar.

Der rot-grüne Senat ignoriert hartnäckig, dass 'zu Hause bleiben' für Menschen ohne Bleibe oder ohne Aufenthaltsstatus keine Option ist. Die Forderung nach Öffnung der Hotels ist dringender und berechtigter denn je. In Portugal bekommen

Dazu die Fraktionsvorsitzende der LINKSFRAKTION Hamburg-Mitte, **Ina Morgenroth**: „Unser aller Gesundheit steht momentan im Vordergrund der meisten Entscheidungen in Deutschland und natürlich auch in Hamburg-Mitte. Wir müssen jedoch auch bedenken, dass wir unsere wertvollsten gesellschaftlichen Errungenschaften nicht verschleudern dürfen, weil wir meinen, unsere Gesundheit lasse sich nur so aufrecht erhalten. Spätestens nach Ende der Pandemie muss das derzeit bei der Stadtreinigung Hamburg verwahrte Zelt wieder aufgebaut werden.“

Lampedusa in Hamburg ist Teil unserer Stadt und die Dauermahnwache Ausdruck von mittlerweile 7 Jahren Kampf für ein Bleiberecht und ein Leben in Menschenwürde. Ebenso wie die Grünen-Fraktion in Hamburg-Mitte, fordert auch die LINKSFRAKTION vom Bezirksamt den umgehenden Wiederaufbau sobald das Versammlungsverbot aufgehoben ist.

DIE LINKE. Fraktion in der BV Hamburg-Mitte
Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg
geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de
Tel.: 040-28 57 69 08

alle Geflüchteten Menschen für die Dauer der 'Corona-Krise' einen Aufenthaltsstatus. Berlin und Frankfurt stellen Hotels zur Verfügung. In Hamburg gibt es 72.000 leere Hotelbetten.

Auch in Zeiten von Corona muss es die Möglichkeit geben, öffentlich gegen Missstände zu protestieren. Die Initiative hat deswegen eine Kundgebung auf dem Lampedusa-Platz für den morgigen Donnerstag um 17 Uhr angemeldet. Für ausreichenden Abstand zwischen Teilnehmer*innen und Passant*innen wird Sorge getragen. Im Falle des zu erwartenden Verbots wird die Initiative vor dem Verwaltungsgericht klagen und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit auch in Zeiten von Corona gerichtlich durchsetzen.

Die Initiative unterstützt die für Sonntag von Seebrücke Hamburg geplante Kundgebung für die sofortige Evakuierung des Lagers Moria auf Lesbos.

Kontakt:
Martina Vega 01573 8868 177
LeaveNoOneBehind_HH@riseup.net

Zur Überwindung der Krise! **Für ein offenes Landesmitgliedertreffen der LINKEN Hamburg**

Wir laden hiermit alle interessierten GenossInnen zu einem Mitgliedertreffen am Samstag, den 9. Mai 14-19 Uhr im Musiksaal des Gewerkschaftshauses, Besenbinderhof 56-60 ein.

Als **Tagesordnung** schlagen wir vor:

1. Auswertung der Bürgerschaftswahl
2. Strategie der LINKEN zur Überwindung der Gesundheits- und Kapitalismuskrise
3. Konsequenzen für die Parteientwicklung

Den Landesvorstand fordern wir auf, diese Initiative und die Einladung zu unterstützen.

Die derzeitigen politischen Entwicklungen dokumentieren eine Verschärfung der tiefen Krise des neoliberalen Kapitalismus – hier ist die LINKE sofort gefordert, mit dem Kampf für radikale Reformen einen weitreichenden Kurswechsel durchzusetzen:

- Die Krankenhäuser müssen jetzt in öffentliche Hand zurückgebracht werden, die Kapazitäten ausgebaut und die Beschäftigten im Gesundheitswesen und insbesondere in der Pflege erheblich besser bezahlt werden. Auch die Pharma-Industrie muss verstaatlicht werden, um ihre Ausrichtung am Allgemeinwohl statt privaten Profitinteressen sicherzustellen.
- Die wirtschaftliche Rezession, die sich in Folge fortgesetzter Austeritätspolitik bereits anbahnte, wird durch die drastischen Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens erheblich verschärft. Eine keynesianische soziale Investitionspolitik einschließlich der Abschaffung der Schuldenbremse muss sofort und dauerhaft durchgesetzt werden.
- Die LINKE muss für die Wahrung und Erweiterung der demokratischen und sozialen Grundrechte eintreten – gerade jetzt! Nicht nur in Ungarn ist die Ausschaltung demokratischer Gremien und politischer Opposition offen zur rechten Diktatur und zum Militärstaat. Auch in der BRD wird für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren geworben und die Parlamente verkleinert. Schon die freie Meinungsäußerung wird bekämpft.

Soziale und demokratische Entwicklungen sind die Alternative zur Instrumentalisierung der Krise von Rechts. Als linke Partei ist es unsere Aufga-

be, sich einen Begriff von der Krise zu machen und für ihre progressive Überwindung zu streiten. Dafür braucht es Beratung – in all unseren Gliederungen und Zusammenschlüssen – *jetzt* und nicht, wenn alles vermeintlich wieder beim alten ist.

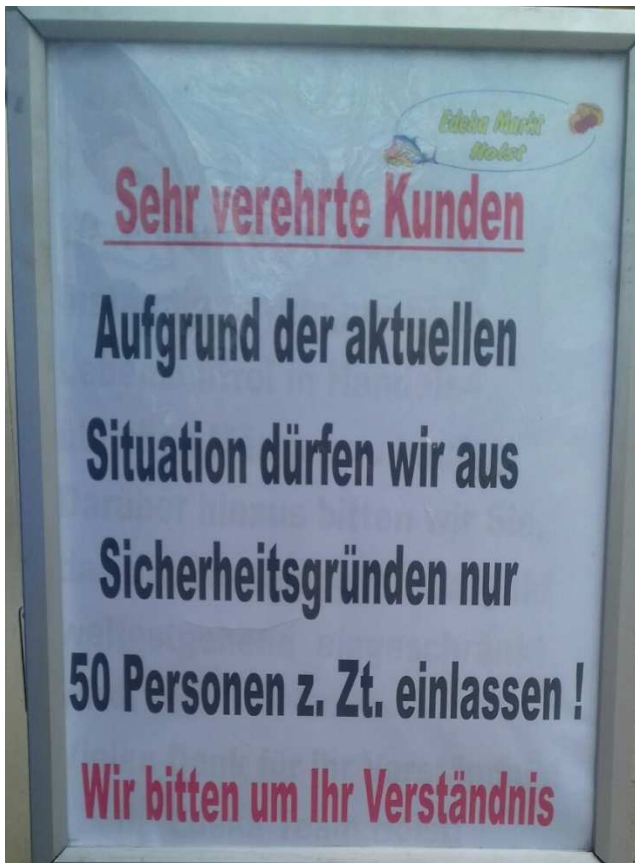
Dass so viele Menschen an dem neuen Coronavirus sterben, ist eine humanitäre Katastrophe, politisch inakzeptabel und erfordert radikale Maßnahmen. Gerade deshalb ist eine Politik verfehlt, die auf einen Ausnahmezustand setzt, um dann zur Normalität zurückzukehren. (Dazu gehören auch 19.000 Todesfälle jährlich auf Grund von vermeidbaren Kunstfehlern im privatisierten Gesundheitswesen.) Nicht die Ablehnung des Ausnahmezustands ist eine Verharmlosung der aktuellen Dramatik – der Ausnahmezustand ist eine Verharmlosung des Bestehenden! Hier soll der Kapitalismus gerettet werden, nicht die Menschen. Dem liegt ein Menschenbild zu Grunde, wonach der Mensch dem Menschen ein Wolf ist, wo auf Ordnung statt Entwicklung, auf Führung statt Demokratie, auf Verbote statt Vernunft gesetzt wird.



Wir vertreten ein anderes Welt- und Menschenbild: Wir bauen auf die Vernunft, die gegenseitige Aufklärung, die Solidarität und die Progression. WHO-Experten raten längst dazu, die Zahl der

Tests massiv zu erhöhen, um die Infizierten herauszufinden und einige Länder machen erfolgreich vor, welche Maßnahmen sinnvoll und wirksam sind:

- Flächendeckende Tests der gesamten Bevölkerung und Unterbringung der Infizierten in gesonderten Einrichtungen mit umfassender Versorgung wie in Südkorea
- Aufklärung der gesamten Bevölkerung einschließlich der Kinder über Hygienestandards wie auf Kuba
- Verstaatlichung des Gesundheitswesens wie in Spanien
- Internationale wissenschaftliche und gesundheitspolitische Kooperation zur Entwicklung von Impfstoffen und Heilmitteln.



Die Reduzierung des Öffentlichen, der Teilhabe und der Demokratie – im Namen der Solidarität! – ist falsch denn je. Zur Durchsetzung einer politischen Kehrtwende bedarf es nicht weniger Öffentlichkeit, sondern mehr. Die verhängten neoliberalen Maßnahmen der Isolation, Verbote und Strafen richten bereits jetzt erheblichen sozialen, gesundheitlichen und psychologischen Schaden an: Erwerbslosigkeit, Armut, Depressionen sind tödlich!

Die LINKE ist dafür verantwortlich, dagegen eine soziale Alternative zu erkämpfen. Um in neuer Weise offensiv und handlungsfähig zu werden, müssen wir zusammenkommen.

Und: Wir dürfen es auch. Die Allgemeinverfügung vom 2. April 2020 dazu:

„§ 3 Erlaubte Kontakte, Versammlungen und Veranstaltungen

(1) Abweichend von §§ 1 und 2 sind Kontakte, Ansammlungen, Versammlungen und Veranstaltungen von Personen zulässig:

5. [...] in anderen Stellen oder Einrichtungen, die öffentlich-rechtliche Aufgaben wahrnehmen [...]“

Parteien haben laut Parteiengesetz öffentlich-rechtliche Aufgaben. Versammlungen der LINKEN sind also nach wie vor gestattet. Um unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, müssen wir – statt die Landesgeschäftsstelle für die GenossInnen zu schließen – gemeinsam beraten, diskutieren, Maßnahmen ergreifen und politische Aktivität entfalten.

Wir haben mit einem oppositionellen Wahlkampf zur Bürgerschaft unser Ergebnis verbessert und die AfD klein gehalten. Die sozialen Herausforderungen in der Stadt und darüber hinaus sind gewachsen. Die Strategiekonferenz hat gute Impulse für einen radikalen sozial-ökologischen und zivilen Wandel der gesamten globalen Gesellschaft gebracht.

Darauf lasst uns aufbauen - lasst uns Partei sein!

In einem großen gut belüfteten Raum wie im Gewerkschaftshaus haben wir genügend Platz, um Abstand zu halten und gute Möglichkeiten für die erforderlichen Hygienemaßnahmen. Und auf einander zu achten, ist immer eine gute Sache.

Zudem werden wir dafür sorgen, dass diejenigen, die nicht physisch an dem Treffen teilnehmen können, sich per Telefon oder Video zuschalten und der Diskussion von außerhalb folgen können.

ErstunterzeichnerInnen: Alexander Benthin, Gunhild Berdal, Monika Berstecher, Bernard Bonsu, Artur Brückmann, Despina Chaluppa, Elias Gläsner, Kristian Glaser, Jörg Günther, Bernd Hartz, Paula Herrschel, Franziska Hildebrandt, Ruben Hittmeyer, Sören Horn, Katharina Jessen, Matthias Kruspe, Lutz Lorenz, Victoria Mader, Saskia Mestern, Sinah Mielich, Florian Muhl, Marie Panten, Ida Rockenbach, Dilan Sezer, Thomas Stahlhut, Annika Trommeter, Olaf Walther, Joe Werner, Theodor Wetzel, Heike Wokon, Johanna Zimmermann

3.April 2020

LASST NIEMANDEN ZURÜCK. Nicht gleichgültig zuschauen.

Esther Bejarano und das Auschwitz-Komitee schreiben an Hamburgs Ersten Bürgermeister

Hier im Wortlaut:

Offener Brief an Dr. Peter Tschentscher

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Ich habe immer geglaubt, dass das Gegenteil von Liebe nicht Hass ist, sondern Gleichgültigkeit (Elie Wiesel)

Sehr geehrter Herr Dr. Tschentscher,

die globalisierte Welt steht Kopf, ist durch ein Virus in einen Schlamassel geraten. Es bedarf der Anstrengung aller, um diesen Kampf zu gewinnen, um Leben zu retten und zu helfen. Die einen müssen die Quarantäne aushalten, die anderen ganz strikt zuhause bleiben – und sehr viele müssen unter schwierigen und oft prekären Bedingungen ihre Arbeit tun.

Dies ist auch die Zeit großer, mitfühlender Menschlichkeit, die Zeit der Held*innen, die helfen, wo immer es ihnen möglich ist. 'Menschenleben vor Profit', dieses Diktum steht noch, zumindest für die Ortsansässigen. Wie lange diese Linie hält, werden die nächsten Wochen zeigen. Die in Pflegeberufen Arbeitenden warnen schon seit vielen Jahren: "Gesundheit ist keine Ware". Die Kommerzialisierung von Pflege, Gesundheit und Krankheit zeigt in dieser Krise überdeutlich ihre Schwächen. Das Gesundheitswesen muss in gesellschaftliche Verantwortung zurückgenommen werden.

Und auch hier, im wohlhabenden, geordneten Stadtstaat, werden Probleme drastisch deutlich: Es fehlt an sicheren Schlafplätzen für Bedürftige, an ärztlicher Versorgung für Geflüchtete ohne Obdach und für Menschen ohne Papiere.

Wir fordern:

Medizinische Versorgung für alle – für jeden Menschen, ob mit oder ohne Papiere, ohne Ansehen der Person oder des Versichertenstatus.

Leerstehende Hotels öffnen! '#OpenTheHotels' – fordern freiwillige Helfer*innen. Hören Sie auf diese Gruppen. Frankfurt am Main hat das getan.

Lasst niemanden zurück! '#LeaveNoOneBehind' – In den Lagern für Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen herrschen unmenschliche Zustände. Gerade für die Schwächsten dort und für die Kinder muss dringend gesorgt werden. Hamburg hat – wie viele Städte – sich schon bereit erklärt zur Aufnahme. Jetzt muss gehandelt werden – sofort!

Könnten wir uns je verzeihen, wenn wir diesem Elend auf den griechischen Inseln gleichgültig zuschauen?

Wir hoffen, dass Hamburg, unsere Stadt, ein Beispiel setzt für mehr Menschlichkeit!

Mit freundlichen Grüßen

Esther Bejarano

(Vorsitzende)

Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Kontakt:

kontakt@auschwitz-komitee.de (Helga Obens)

www.auschwitz-komitee.de

Termine in (und für) Mitte

Donnerstag, 9.4.20 19:30 Uhr

BEVO Sitzung virtuell, Anmeldung für Gäste erforderlich, siehe S. 3 f.

Donnerstag, 16.04., 18:30 Uhr

Virtuelles Treffen der **BO Billstedt** über DISCORD, siehe S. 3 f.

Ich gehe davon aus, dass physische Treffen im April eher nicht stattfinden werden, allenfalls virtuelle. Die Kontaktbeschränkungen werden sicherlich am 20.4. nicht komplett aufgehoben.

Für Infos dazu wendet euch bitte an eure GruppensprecherInnen.

Auch die Bezirksversammlung und ihre Ausschüsse tagen vorläufig nicht, lediglich der Hauptausschuss führt die Geschäfte ohne Öffentlichkeit.

Somit wird es noch ein bisschen dauern, bis unser Genosse Ronald Wilken auch wirklich die Nachfolge der frischgebackenen Bürgerschaftsabgeordneten Steffi Rose in der BV antreten kann.

Für Mai gilt das Prinzip Hoffnung ...

Mai 2020

Montag, 04.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Montag, 11.05., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik** Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 14.05., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt** Büro Billstedter Hauptstraße 76 (Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 18.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.05. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg** GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 20.05., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde** Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache. Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:
Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

Eine Krise mit System

LINKES Sofortprogramm zur Corona Krise

Die aktuelle Krise einer COVID 19-Epidemie ist nicht lediglich durch die Ausbreitung einer schlimmen Krankheit verursacht. Sie stellt vor allem deshalb eine so große Herausforderung dar, weil sie auf ein seit Jahren kaputt gespartes Gesundheitswesen trifft, das kaum den normalen Bedarf der Bevölkerung deckt und angesichts der Herausforderung durch einen sich schnell ausbreitenden viralen Infekt schnell an die Grenze der Überforderung stößt. Die aktuellen Versuche der Bundesregierung und des Hamburger Senats, der Ausbreitung des Virus durch Vorschriften zur räumlichen Distanzierung (social distancing) Herr zu werden, sind notwendig. Sie werden allerdings nicht ausreichen, weil die materiellen Voraussetzungen im Gesundheitswesen, beispielsweise eine ausreichende Zahl an Intensiv- und Quarantänebetten oder auch nur entsprechende Schutzausrüstung für Personal in Krankenhäusern nicht bereitgestellt wird. Es geht jetzt vor allem darum, Zeit zu gewinnen, die Ausbreitungskurve abzufachen und gleichzeitig die Ausstattung bereitzustellen, die für die zu erwartende Zahl an Infizierten notwendig sind. Hierzu sind energische Maßnahmen erforderlich. Notwendige Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung müssen allerdings gegen Freiheitsrechte abgewogen werden. Insbesondere sollten sämtliche Allgemeinverfügungen und andere notwendige Maßnahmen befristet und auf den Zweck des Gesundheitsschutzes beschränkt werden. Zeitlich unbegrenzte und inhaltlich unbestimmte Maßnahmen, die demokratische Grundrechte dauerhaft außer Kraft setzen und letztlich eine autoritäre Ersatzhandlung für eigentlich notwendige Umstrukturierungen im Gesundheitswesen darstellen, lehnen wir ab.

Die Corona- Krise ist darüber hinaus nicht nur eine Krise des Gesundheitswesens, sondern sie hat auch tiefgreifende ökonomische Auswirkungen. Einige Maßnahmen wurden auch in diesem Bereich von der Bundesregierung und dem Senat getroffen: Regelungen zur Kurzarbeit, Hilfspakete für Soloselbständige und Kleinbetriebe sowie Finanzhilfen und Steuerstundungen für Unternehmen. All diese Maßnahmen bleiben allerdings unzureichend, weil sie lediglich darauf zielen, Zeit zu gewinnen. Es darf nicht sein, dass die Lohnabhängigen jetzt die Zeche dafür zahlen sollen, dass das Gesundheitswesen aus Profitgier an die Wand gefahren wurde. Die Krise ist eine Krise des Systems und sie kann nur durch eine grundsätzliche Wiederaneignung der öffentlichen Daseinsvorsorge überwunden werden: Das heißt insbesondere die Rekommunalisierung und demokratische Lenkung aller privatisierten Krankenhäuser sowie die Verstaatlichung der Pharma-Industrie, um ihre Ausrichtung am Allgemeinwohl statt privaten Profitinteressen sicherzustellen.

Angesichts der doppelten Herausforderung durch die medizinischen Notwendigkeiten sowie der wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen wird unser Handeln von drei Prämissen geleitet:

1. Möglichst wenig Tote durch die Corona-Pandemie
2. Die Schere zwischen Arm und Reich muss sich schließen. Der Umgang mit COVID darf nicht zur Verschärfung sozialer Ungerechtigkeit führen.
3. Menschenrechte als Grundlage für Demokratie müssen ausgebaut werden. Der Ausnahmezustand darf nicht auf unabsehbare Zeit verlängert und Grundrechte müssen auch in der Krise gewahrt werden.

Wir schlagen deshalb folgende Maßnahmen vor:

Sofortmaßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie

- DIE LINKE hält ein **befristetes Versammlungsverbot gegenwärtig für notwendig**. Eine generelle **Ausgangssperre** lehnen wir hingegen ebenso ab, wie eine Ausweitung von Überwachung, beispielsweise durch Auswertung von Handy-Positionsdaten.
- DIE LINKE fordert, dass neben der häuslichen mehr Möglichkeiten für **individuelle Quarantäne** gestellt werden, um auch Menschen ohne Wohnung helfen zu können. Um die hierfür notwendige Zahl der Quarantäneplätze für das Abstandhalten (social distancing) zu schaffen, sind sofort geeignete Hotelzimmer und Ferienwohnungen zu akquirieren und wohnungslosen Menschen zur Verfügung zu stellen.
- Sofortige Unterstellung aller Krankenhäuser unter die Direktionshoheit der Gesundheitsbehörde bei parlamentarischer Kontrolle.
- Heranziehung der Bundeswehr- und Katastrophenschutzkapazitäten zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Diese werden den Gesundheitsämtern unterstellt, der Senat steht ggf. in der Pflicht diese durch Versetzungen aus anderen Behörden schnell zu stärken.
- Stopp der nicht lebenswichtigen Gewerbe, die nicht den Infektionsschutz für ihre Beschäftigten unter den Bedingungen der Pandemie sicherstellen können.
- Überprüfung aller produzierenden Bereiche, wo eine Umstellung auf dringend benötigte Produkte sinnvoll und schnell möglich ist.
- **Die Verteilung von Lebensmitteln und Hygieneartikeln an Obdachlose, Bedürftige und Menschen ohne Aufenthaltsstatus** ist unter Wahrung hygienischer Standards sofort durch öffentliche Stellen sicherzustellen.
- Die Gesamtzahl der Testungen müssen erfasst und transparent gemacht werden. Ausbau von Testkapazitäten, um mehr Corona- und Antikörpertests zu ermöglichen.
- Zwangsräumungen, Wasser- und Energiesperren und Zwangsvollstreckungen sind auszusetzen, um in dieser Situation soziale Notlagen nicht zu verschärfen
- sofortiger Abschiebestopp und Umstellung der Versorgung von Asylsuchenden von Gutscheinen auf Bargeldleistungen.
- Medizinische Versorgung auch für Menschen ohne Krankenversicherung und Krankenkassenkarte.
- Der Senat soll einen Fonds bereitstellen, aus dem Träger der Freien Wohlfahrtspflege, Flüchtlings- und Obdachloseninitiativen, Kirchen und Sozialberatungsstellen in Hamburg Mittel erhalten, damit diese Ihren Klient*innen auf Anforderung ohne weitere Prüfung **Corona-Handgelder** auszahlen können. Es geht darum sicherzustellen, dass Einwohner*innen Hamburgs, die sich durch diverse wirtschaftliche Aktivitäten jenseits der Schwelle der offiziellen Registrierung ganz oder teilweise finanziert hatten, unter den Bedingungen des weitgehenden Einfrierens des öffentlichen Lebens vor unmittelbaren sozialen Notlagen zu bewahren und die soziale Distanzierung von anderen zu ermöglichen.
- Die Wohnsituation in Gemeinschaftsunterkünften muss deutlich entzerrt und eine dezentrale Unterbringung vorangebracht werden, weil derzeit die nötige räumliche Distanz (social distancing) dort nicht eingehalten werden kann.
- Wir unterstützen die Forderung nach Einstellung aller Embargos und Blockaden und setzen uns inner- wie außerhalb der EU für Solidarität der reichen gegenüber den ärmeren Ländern ein.

Weitere Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung

- Investitionshilfen zum Aufbau von (Intensiv-)Betten. Außerdem ist es notwendig, dass in der Intensivpflege und Langzeitbeatmung von Patientinnen erfahrenes Personal für die schnelle Qualifizierung zusätzlicher Pflegekräfte bereitgestellt wird, um die vorhandenen Kapazitäten der Intensivbetten optimal betreuen zu können. Ein Ausbau der Kapazität an Intensivbetten und Betten ist insgesamt notwendig. Dieser sollten sich am tatsächlichen Bedarf orientieren. Gleichzeitig darf auf grundlegende Qualitätsstandards in der pflegerischen Betreuung aber nicht verzichtet werden.
- Nicht notwendige, aufschiebbar Behandlungen müssen ausgesetzt werden. Personal, Geräte und Schutzausrüstung aus hauptsächlich elektiv arbeitenden Kliniken müssen für die Bekämpfung der Pandemie zur Verfügung gestellt werden.
- Es müssen alle Hamburger Krankenhäuser gesetzlich verpflichtet werden, Intensiv-, Intensivüberwachungs- (IMC)- und ggfs. Beatmungsplätze (ECMO) bereit zu stellen und zu melden.
- Personalaufstockung im Gesundheits- und Pflegebereich: **500 Euro monatliche Zulage** für das gesamte medizinische und pflegerische Personal sowie in anderen versorgungsrelevanten Berufen. Die Maßnahmen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes müssen den aktuellen Bedingungen angepasst und ausgebaut werden. Rückkehrangebote an Aussteiger*innen im Gesundheitsbereich.
- Auch in den hygienisch sehr wichtigen Bereichen wie Sterilgutabteilungen, Reinigungsdienste und Krankenhauswäsche, die in den letzten Jahren oftmals outgesourced wurden, muss das Personal aufgestockt werden und sie müssen in die Krankenhäuser reintegriert werden.
- Kostenlose Kinderbetreuungsangebote für Beschäftigte im Gesundheitswesen, deren Kinder nicht zur Schule oder in die KiTa gehen können und für die eine Betreuung zuhause nicht möglich ist.
- Akquise von Beatmungsgeräten und Schutzmasken. Staatliche Kontrolle der Abgabe, um zu gewährleisten, dass die medizinische Ausstattung dort ankommt, wo sie benötigt wird. Vor allem in allen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen muss schnellstmöglich eine bedarfsgerechte Ausstattung zur Verfügung gestellt werden.
- Bedarfsgerechte Aufstockung der Kapazitäten bei Gesundheitsämtern und anderen Institutionen, die zur Sicherung des Gesundheitsschutzes tätig sind

Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Absicherung der Bevölkerung

- **Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 90%** (für alle öffentlichen Unternehmen und als Zuschuss ggf. an privat). Unternehmen die in den Jahren 2017-2019 einen Bilanzgewinn erwirtschafteten, sind für die Finanzierung heranzuziehen.
- **Überbrückungsgeld in Höhe von 1.250 Euro monatlich** (entspricht 15.000 Euro jährlich wie in Berlin) für alle Menschen, insbesondere Solo-Selbstständige, die maßgebliche Einkommenseinbußen oder vollständige Einnahmeausfälle wegen der Corona-Krise erleiden
- Aufstockung der Grundsicherung um 150,- Euro monatlich zur Deckung der finanziellen Mehrbedarfe für jeden Leistungsberechtigten bzw. jedes Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft
- **Mietschulden entfallen als Kündigungsgrund für Mietverträge.**
- Zahlpause beim HVV: bis zum 30.9.20 (ggfs. zu verlängern) ist der HVV für alle kostenfrei nutzbar, Abo-Beiträge werden nicht abgebucht und rückwirkend ab dem 1. April 2020* erstattet.
- Für den Zeitraum der Schließung von Kitas sind allen Eltern die Kita Beiträge sowie das Essensgeld durch die Träger zu erlassen. Die damit verbundenen Einnahmeausfälle sind durch das Land vollständig zu ersetzen.
- Studierende und Auszubildende ohne Anrecht auf BAföG erhalten auf Antrag Grundsicherung, ohne ihre Ausbildung dafür abbrechen zu müssen.

03. April 2020

- Kreditvergabe für Solo-Selbstständige und Klein- und mittlere Unternehmen (KMU) und Institutionen der Kultur- und Kreativwirtschaft zur Deckung aller laufenden Kosten. Eine Rückzahlung entfällt, wenn mit der Steuererklärung 2020 die Höhe der laufenden Ausgaben nachgewiesen und ein durch Corona entstandener Einnahmeausfall erläutert wird. (Vermeidung von Überschuldung betroffener Unternehmen)
- Fördervolumen (Zuschüsse) für KMUs auf Wert Thüringens und Bayerns ausweiten (5.000 Euro – 30.000 Euro statt 2.500 Euro – 25.000 Euro)
- Kopplung der Unternehmenszuschüsse und Unternehmensbeteiligungen daran, dass 2020 keine Boni ausgeschüttet werden und Gehälter im Unternehmen individuell 500.000 € pro Jahr nicht überschreiten
- Keine Kündigung von Pachtverträgen (weder öffentlicher Pachten noch privater Pachten) bei landwirtschaftlichen Betrieben
- Leistungen aus Kulturförderung und städtischer Vergabe, die bereits vergeben wurden, sind auch bei nicht-erbrachter Leistung auszuführen
- Übernahme von Corona-bedingten Miet- und Einnahmeausfällen bei gemeinwirtschaftlich orientierter Vermietung (Genossenschaften, Baugemeinschaften)
- Das Studierendenwerk sieht auf Antrag eines Studierenden von den Mietforderungen in den Wohnheimen ab.
- Finanzhilfen für Verbände, Vereine und andere gemeinwohlorientierte Einrichtungen, die es ihnen auch ermöglichen, den freiwillig Engagierten einen Ausgleich für entfallende Übungsleiter*innenpauschalen o. ä. zu zahlen sowie die laufende Arbeit zu sichern.
- **Im Bereich des SGB II (Hartz IV) sind die Sanktionen aufzuheben und alle Leistungsbescheide sollten umgehend entfristet werden.** Auf Rückzahlungsforderungen und Vollstreckungsmaßnahmen soll verzichtet werden.
- Allen Schüler*innen muss der gleiche Zugang zu Online-Lernmitteln zur Verfügung gestellt werden. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass hier große Ungleichheit besteht.
- Häuslicher Gewalt und psychischen Problemen aufgrund der Einschränkungen in der Lebensführung muss mit einem Ausbau der Erreichbarkeit telefonischer Hilfsangebote, der Kapazitäten der sozialen Träger sowie von Plätzen in Frauenhäusern begegnet werden.
- Ein Abschiebestopp muss offiziell erklärt werden. Aufenthaltstitel, Duldungen etc. müssen automatisch verlängert werden.

Langfristige Umstellung des Gesundheitswesens

- **Rekommunalisierung** aller privatisierten Krankenhäuser und Enteignung aller im Gesundheitswesen aktiver profitorientierter Unternehmen auf Basis von § 14 und 15 des Grundgesetzes.
- **Abschaffung der Fallpauschalen und Einführung des Selbstkostendeckungsprinzips. Gewinnverbot für Krankenhäuser.**
- **Bedarfsorientierter Ausbau der sozialen Dienstleistungen, und der sozialen Infrastruktur, sowie Vorsorge für Notfallsituationen durch zusätzliche öffentliche Investitionen**

Finanzierung der Krisen-Maßnahmen

- Abschaffung der Schuldenbremse der FHH (behelfsweise Aussetzung der Schuldenbremse und Streckung der Rückzahlung auf einen möglichst langen Zeitraum wie z. B. in NRW mit 50 Jahren)
- Einmalige Abgabe auf sämtliches Privatvermögen von mindestens zwei Millionen Euro mit einem Stichtag vor der Corona-Krise (zur Vermeidung von Vermögensverlagerungen) nach dem Vorbild des Lastenausgleichsgesetzes.
- Dauerhafte Maßnahmen der Einnahmesteigerung (Vermögenssteuer, höherer Spitzensteuersatz, Börsenumsatzsteuer, etc.)